

SHORT NEWS

EU-Parlament sagt Ja zu CETA

(dw) - Zwar konnten die Anti-CETA-AktivistInnen am Mittwoch in Straßburg einen Mini-Sieg feiern: Durch Sitz- und Liege-Blockaden am Eingang des Parlamentsgebäudes hatten sie es geschafft, dass Parlamentspräsident Antonio Tajani den Beginn der Debatte über das EU-Kanada-Handelsabkommen um einige Minuten verschieben musste. Dennoch sprach sich eine deutliche Mehrheit der EU-Abgeordneten für CETA aus: 408 stimmten dafür, 254 dagegen. Mit Ja stimmten neben den Christdemokraten auch Liberale und Europäische Konservative sowie der größte Teil der Sozialdemokraten. Diese waren sich bis zum Schluss uneins. Französische, belgische und österreichische Sozis stimmten trotz der von ihren Kollegen gepriesenen Verbesserungen des ursprünglichen Vertragstextes gegen CETA. Unter den Luxemburger Europa-Abgeordneten stand es fünf zu eins für CETA. Donald Trump habe letzten Endes den Ausschlag gegeben, sagte Mady Delvaux (LSAP). Angesichts des vom neuen amerikanischen Präsidenten gepredigten Protektionismus sei sie mehr denn je dafür, mit einem fortschrittlichen Land wie Kanada zusammenzuarbeiten, so Delvaux. Zweifel hinsichtlich der Schiedsgerichte bleiben bei der Luxemburgerin jedoch bestehen. Die auf Druck einiger Länder nachträglich angehängten Zusatzprotokolle konnten den Grünen Claude Turmes nicht überzeugen. Es sei unklar, welche Relevanz sie letztendlich vor einem Gericht haben werden, so Turmes, der als einziger Luxemburger gegen CETA stimmte. Damit ist er nicht auf Parteilinie, denn „Déi Gréng“ hatten sich hinter die veränderte Version des Abkommens gestellt. In Luxemburg sind sie bekanntlich Regierungs-, in Straßburg jedoch Oppositionspartei. Das mag den einen oder anderen Standpunkt beeinflussen.

Klarstellung zum Antisemitismus-Artikel

(woxx) - In der woxx-Ausgabe vom 3. Februar ging es im Artikel „Antisemitismus - e Stéck Lëtzebuerg?“ von Renée Wagener auch um einen Vorfall bei der CETA-Aktion vom 16. Januar 2017, bei der sich ein „Volontär“ von Greenpeace als Rabbiner verkleidet hatte und auf Nachfrage erklärt hatte, er vertrete das internationale Kapital. Der Artikel bezog sich dabei auf ein Statement von Greenpeace, das auf Facebook erschienen war. Greenpeace hat uns unterrichtet, dass aber wenige Stunden später eine zweite Version dieses Statements erschien. Da diese nicht an der gleichen Stelle erschienen war, konnte die woxx nicht wissen, dass sich Greenpeace, obwohl der betreffende Freiwillige aus eigener Motivation und nicht im Namen von Greenpeace handelte und aufgrund seiner antisemitischen Äußerungen von allen Greenpeace-Listen ausgeschlossen worden ist, für das Verhalten dieses Ex-Freiwilligen entschuldigt hat.

Luxembourg et Dakota, même combat ?

(lc) - Il assombrissait la fin de l'ère Obama à la Maison Blanche, mais le projet d'un pipeline traversant les territoires sacrés d'Américains natifs a retrouvé son souffle avec l'installation du tourbillon rouge à la présidence des États-Unis. Ce n'est pas seulement la précipitation dans laquelle l'administration Trump a remis sur les roues le gigantesque projet - qui est aussi contestable d'un point de vue écologique vu qu'il met en péril l'accès à l'eau potable de plusieurs millions de personnes -, mais aussi ses implications internationales qui ont fait tiquer cette semaine l'activiste et ancien député Déi Lénk Justin Turpel. Dans une carte blanche sur RTL et sur son blog, il a détaillé l'implication d'instituts bancaires de la place financière - comme la BNP Paribas, dans laquelle l'État possède des parts - dans ce projet. De plus, le Fonds de compensation (FDC), qui spéculait avec l'argent des retraites, aurait selon Turpel massivement investi dans des banques et des firmes qui participent à la construction du pipeline. Or, ce qui est en jeu pour le Luxembourg n'est pas uniquement le reproche de ne pas être solidaire des activistes du « Standing Rock », mais aussi de ne pas respecter certaines règles - surtout dans le cas du FDC. Finalement, voilà peut-être la raison pour laquelle le Luxembourg n'a toujours pas adhéré à la convention de protection des droits des peuples indigènes.

AKTUELL

REFORM DES NATURSCHUTZGESETZES

Tausche Schilf gegen Bongert

Mouvement écologique / woxx

Das Gesetzesprojekt enthält „begrüßenswerte positive Neuerungen“, so der Mouvement. In elf Bereichen hat die NGO allerdings gravierende Mängel ausgemacht. Zum Beispiel bei den Kompensierungsmaßnahmen.

Diesen Teil der Stellungnahme hätte man etwas provokativ auch wie folgt überschreiben können: „Im Zentrum unseres Landes durch Baumaßnahmen Naturräume zerstören, und im Norden kompensieren!“. Worum geht es?

Bis dato mussten Kompensierungen - vor allem auch von Waldflächen - in der Gemeinde selbst oder einer Nachbargemeinde erfolgen. Die Umsetzung dieser Vorschrift erwies sich häufig als problematisch, vor allem bei größeren Projekten wie der Nordstraße. Auch wenn die Vorgabe, einen Eingriff in die Natur so nahe wie möglich am Eingriffsort zu kompensieren, sicherlich plausibel ist, so sieht

definiert, sodass diese neue Regelung eine weitaus größere Flexibilität erlauben würde als die bisher geltende.

Allerdings: Die Regierung betrachtet nun die Anzahl von 18 Wuchsbezirken als zu hoch und will (nach unserem Kenntnisstand) nur noch sechs solcher Einheiten ausweisen (...) Außerdem sieht das vorliegende Gesetzesprojekt vor, dass Kompensierungsmaßnahmen in Ausnahmefällen (die nicht spezifiziert sind!) nicht mehr an den Wuchsbezirk gebunden sind, in dem der Eingriff in die Natur stattgefunden hat, sondern in einem angrenzenden erfolgen können (...)

Angrenzend ist überall

Der Mouvement écologique ist einverstanden mit der Aufhebung der bestehenden Vorschrift (Kompensierung in einer Nachbargemeinde) und akzeptiert auch die Reduktion der Wuchsbezirke, aber er besteht darauf, dass die Kompensierung im Wuchsbezirk des Eingriffs durchzuführen sei. Außerdem müsse die Bestimmung für alle Habitate und Arten gelten, und nicht nur für die als „d'intérêt communautaire“ eingestuft!

Halte man sich hieran nicht, so entstehe die Gefahr, dass Eingriffe in die Natur, die in Regionen mit hohem Baudruck geschehen, letztlich mit Maßnahmen in anderen Regionen kompensiert werden. Dies wäre aus Sicht des Naturschutzes, aber auch für den Erhalt der Lebensqualität fatal. Für letztere ist eine konsequente Durchgrünung ein Faktor von zentraler Bedeutung, auch, und gerade, in stärker besiedelten Landesteilen. Außerdem würde die Landwirtschaft in ländlichen Regionen über Gebühr durch die Ausgleichsmaßnahmen für die Schädigungen in urbanen Regionen strapaziert. Weiterhin besteht der Mouvement écologique darauf, dass die Kompensierung innerhalb einer „famille de biotopes“ stattzufinden habe, sodass ausgeschlossen sei, dass z.B. der Verlust eines Schilfgebietes mit der Anpflanzung eines „Bongert“ „kompensiert“ wird.

Die vollständige Stellungnahme kann unter www.meco.lu heruntergeladen werden.

WIKIMEDIA / FRIEDRICH BÖHRINGER / CC-SA 2.5



Schilf-Idylle. Nach welchen Kriterien könnte ihre Zerstörung „kompensiert“ werden?

der Mouvement écologique doch ein, dass eine gewisse Auflockerung dieser doch recht restriktiven Bestimmung erforderlich ist.

In der Tat kann nicht vorausgesetzt werden, dass in einer Nachbargemeinde stets die Gegebenheiten für eine geeignete und auch realisierbare Kompensierungsmaßnahme vorhanden sind. Deshalb hat der Mouvement écologique vorgeschlagen, dass die Kompensierung in Zukunft nicht mehr zwingend in einer Nachbargemeinde erfolgen müsse, sondern auch im gleichen „Wuchsbezirk“ durchgeführt werden könne, das heißt in einem Raum mit ähnlichen Bodenverhältnissen, Klima, Vegetation usw. Für Luxemburg wurden aufgrund wissenschaftlicher Kriterien 18 derartiger Wuchsbezirke